

„Wir verhindern kaum, wir verbessern Projekte“

Naturschutzanwältin Katharina Lins hält die geplanten Lockerungen im Gesetz für Natur- und Landschaftsschutz für problematisch.

SCHWARZACH „Wenn es tatsächlich in den letzten 30 Jahren eine totale Übermacht von Naturschutz und Ökologie gegeben hat, hätte ich das nicht bemerkt.“ Mit diesen Worten reagiert Naturschutzanwältin Katharina Lins auf die geplante Novelle des Gesetzes für Natur- und Landschaftsschutz (GNL). Die Landesregierung begründet die Reform mit Entbürokratisierung und schnelleren Verfahren. Landeshauptmann Markus Wallner (ÖVP) spricht von einem „guten Miteinander von Naturschutz und Wirtschaft“, das bestehende Gesetz sei in den vergangenen Jahrzehnten „überbordend“ ausgelegt worden. Viele Verfahren sollen deshalb künftig entfallen.

Drei bis vier Beschwerden pro Jahr

Lins kennt den Gesetzesentwurf bislang nur aus der Präsentation der Landesregierung. Ihr Eindruck: „Es geht wohl viel um die symbolische Wirkung. Ob das aber wirklich so viel bringt, ist die andere Frage.“ Den Vorwurf der Landesregierung, man wolle „Dauerverhinderern einen Riegel vorschieben“, weist sie zurück. Die Naturschutzanwaltschaft erhebe pro Jahr maximal drei bis vier Beschwerden. Als aktuelles Beispiel nennt Lins eine Deponie in Götzis, bei der sensible Waldbereiche berücksichtigt werden sollen. Bei einem Skilift in Schröcken habe die Beschwerde erreicht, dass Materialtransporte mit dem Hubschrauber so organisiert werden, dass Vögel nicht gestört werden. Auch am Loischkopf ist man mittlerweile stolz auf das Schutzkonzept für die Auerhühner beim Bikepark. „Wir haben kaum etwas verhindert, sondern verbessert.“ Auch bei alltäglichen Bauprojekten gehe es meist um Details. Man schaue auf Bepflanzung, Dachbegrünung, Außenbeleuchtung oder für Vögel gefährliche Glasflächen.

Gelockerte Bewilligungspflichten

Die vom Landeshauptmann angekündigte Einschränkung der Beschwerderechte auf ein EU-rechtliches Mindestmaß sieht Lins gelassen: „Wenn man genau schaut, ändern sich die Beschwerderech-



Katharina Lins sieht sich nicht als „Dauerverhinderer“. Projekte werden selten verhindert, sondern im Sinne des Umweltschutzes verbessert.

VN/PAULITSCH

te gar nicht. Das war schon bisher so.“ Zusätzliche Beschwerdemöglichkeiten habe das GNL zwar vorgesehen, „das ist in 30 Jahren aber nie eingetreten.“ Größere Auswirkungen erwartet Lins bei den gelockerten Bewilligungspflichten. So sollen zahlreiche Vorhaben künftig ohne naturschutzrechtliche Bewilligung möglich sein oder erst ab deutlich höheren Schwellenwerten

„Fehlende Beschattung der Gewässer und Erwärmung des Wassers sind ein Problem.“

Katharina Lins
Naturschutzanwältin

geprüft werden. Das betrifft etwa Parkplätze (erst ab 2000 statt 800 Quadratmetern) und Lagerplätze im Grünland (bis 800 Quadratmeter) sowie Geländeänderungen wie Planierungen oder Aufschüttungen (erst ab 400 statt 100 Quadratmetern). Gebäude innerhalb bebauter Gebiete sollen generell bewilligungsfrei werden, außerhalb erst ab 2000 Quadratmetern überbauter Fläche. Gebäude unter 20 Metern Höhe sowie Straßen unter vier Metern Breite werden ebenfalls bewilligungsfrei.

Fünf Meter Uferschutzbereich

Besonders kritisch sieht Lins die geplante Verkleinerung der Ufer-

schutzbereiche. Die Schutzstreifen entlang von Bächen und Flüssen sollen außerhalb bebauter Gebiete von 20 auf fünf, innerhalb bebauter Gebiete von 10 auf fünf Meter schrumpfen. Gerade angesichts der zunehmenden Hitze sei das problematisch: „Die fehlende Beschattung der Gewässer und die Erwärmung des Wassers sind ein riesiges Problem.“

Auch der Grüne Klubobmann Daniel Zadra spricht angesichts der Hitzewelle vom „völlig falschen Signal“. Statt Entsigelung zu fördern, öffne die Landesregierung „die Schleusen für noch mehr Beton und Asphalt“.

Zweifel an Beschleunigung

Sollte die Naturschutzanwaltschaft aus Verfahren ohne EU-Bezug herausfallen, werde das die Verfahren aus Lins’ Sicht kaum beschleunigen. Zwar werde die Frist für Stellungnahmen von vier auf drei Wochen verkürzt. „Wo es aber wirklich lange dauert, ist, wenn Unterlagen fehlen oder Projekte noch nicht ausgereift sind. Es liegt selten am Naturschutz.“

JULIA SCHILLY-POLOZANI

julia.schilly@vn.at
05572 501-490



EINFACH MEHR ERFAHREN

https://VOL.AT/supzvt



Kommentar
Kathrin Stainer-Hämmerle

Graz ist anders

Elke Kahr hat alle Lügen gestraft. Vor knapp fünf Jahren schaffte sie die Sensation: Die zweitgrößte Stadt Österreichs bekam eine kommunistische Bürgermeisterin. Weltweit landete die steirische Landeshauptstadt damit auf den Titelblättern. Der

„Personen sind in der Kommunalpolitik ein stärkeres Motiv als Parteiverbundenheit.“

ersten Frau im Amt schlug viel Skepsis entgegen, sie verwechsle Sozialarbeit mit Politik wurde ihr vorgeworfen. Am Sonntag blieben Kahr jedoch die meisten Wähler treu und sie brachte zusätzliche 8.000 Nichtwähler zur Stimmabgabe.

Die früheren Bürgermeisterparteien mussten anerkennen, dass sie weder chancenreiche Kandidaten noch mobilisierende Themen im Rennen hatten. Die ÖVP verlor zwar nur minimal, aber der Abstand zur KPÖ wuchs auf beachtliche zehn Prozentpunkte an. Das Kopf-an-Kopf-Rennen blieb aus, weil es von der FPÖ nicht viel Wählerstimmen zu holen gab. Parteiskandale und interne Spaltung konnten selbst der beliebte blaue Landeshauptmann und der neue blaue Spitzenkandidat nicht wettmachen.

Am schlimmsten aber traf es die SPÖ, die mit 5,6 Prozent zur Kleinpartei degradiert wurde. Nicht nur der Sitz in der Stadtregierung rückt damit in weite Ferne, selbst der Klubstatus im Gemeinderat ist verloren sowie ihre Notwendigkeit für eine linke Mehrheit. KPÖ und Grüne können in Zukunft zu zweit regieren. Damit ist Graz wieder einmal einzigartig. Die KPÖ und Elke Kahr belehrten aber nicht

nur ihre Kritiker, sondern widerlegten auch gern zitierte Regeln. Erstens, dass Regierende es in Zeiten der Multikrisen schwer haben und ohne ihr Verschulden abgestraft würden. Zweitens, dass Unzufriedene in Österreich immer weiter zum rechten Rand wandern und es gegen den spaltenden Stil der FPÖ kein Rezept gäbe. Andere Gesetzmäßigkeiten hingegen wurden bestätigt: Personen und Persönlichkeiten sind in der Kommunalpolitik ein stärkeres Motiv als Parteiverbundenheit. Die Grazer sind in der Vergangenheit durch besondere Wankelmütigkeit und Eigensinn aufgefallen. Bei der Landtagswahl lag die ÖVP auf Platz Eins, bei der Nationalratswahl die SPÖ. Beide Male wählten die Grazerinnen und Grazer gegen den allgemeinen Trend.

Was aber wohl die wichtigste Erkenntnis für alle Parteien sein muss: Wer jahrzehntelang konsequent seine Positionen vertritt und die eigene Meinung nicht nach wahrgenommener Stimmung oder gar Erwartung einer vermeintlichen Mehrheit ändert, kann selbst die Angst vor den Kommunisten nehmen. Die Grazerwahl als Erfolg von Elke Kahr zu erklären, stimmt und greift gleichzeitig zu kurz. Dahinter steckt die Sehnsucht nach verlässlicher, verständiger, verantwortungsvoller und ehrlicher Führung. Darin ist Graz gar nicht so anders wie der Rest Österreichs. Nur fehlt dort das personelle Angebot.



KATHRIN STAINER-HÄMMERLE
kathrin.stainer-haemmerle@vn.at

FH-Prof. Kathrin Stainer-Hämmerle, eine gebürtige Lustenauerin, lehrt Politikwissenschaften an der FH Kärnten.



IHRE MEINUNG IST GEFRAGT!

Vorarlbergs meistgelesenes Diskussionsforum. leserbriefe@vn.at

KARIKATUR

Russischer Hütchenspieler!



SILVIO RAOS, RAOS-KARIKATUREN.AT

POLITIK IN KÜRZE

Schulden steigen um 13,3 Milliarden

WIEN Österreichs Schuldenstand ist von Ende 2025 bis Ende März um 13,3 Milliarden auf 431,4 Milliarden Euro gestiegen. Die Schuldenquote erhöhte sich von 81,5 auf 83,5 Prozent, das Defizit lag bei 5,8 Prozent des BIP. Der Großteil entfällt auf den Bund, der 14,1 Milliarden Euro neue Schulden aufnahm, um das Defizit zu finanzieren und Liquidität sicherzustellen.

Steuersenkung auf Grundnahrungsmittel

WIEN Die Mehrwertsteuer auf ausgewählte Nahrungsmittel sinkt ab heute, 1. Juli, von zehn Prozent auf 4,9 Prozent. Betroffen sind frische Milch, Joghurt, Butter, Eier, frisches und tiefgekühltes Gemüse, bestimmte Obstsorten, Reis, Weizenmehl, ungekochte Teigwaren, Brot sowie Speisesalz. Bei Brotwaren gilt



Die Mehrwertsteuersenkung gilt nur für bestimmte Nahrungsmittel.

APA

die Senkung nur, wenn Fett- und Zuckergehalt jeweils fünf Prozent nicht überschreiten. Der Budgetdienst des Parlaments errechnete eine durchschnittliche Entlastung von 57 Euro pro Jahr bei Geringverdienern und bis zu 87 Euro bei Spitzenverdienern. Bäcker und Ökonomen kritisierten die komplizierte Umsetzung. Der Lebensmittelhan-

del verspricht, die Steuersenkung vollständig weiterzugeben.

Grüne: Regierung bei Hitzeschutz untätig

WIEN Die Grüne Klubobfrau Leonore Gewessler hat der Bundesregierung Untätigkeit beim Hitzeschutz und Klimaschutz vorgeworfen. Besonders Personen, die sich keine Klimaanlage leisten könnten, seien benachteiligt, sagte sie am Dienstag. Gewessler forderte Sofortmaßnahmen wie Hitzeschutzzräume in allen Gemeinden, besseren Schutz von Arbeitnehmern sowie erleichterten Zugang zu Freibädern. Sie kritisierte Umweltminister Norbert Totschnig (ÖVP) für dessen Untätigkeit sowie Verkehrsminister Peter Hanke (SPÖ) für sein Festhalten an der Lobau-Autobahn. Die Regierung spare ausgerechnet beim Klimaschutz am meisten ein und fördere stattdessen Diesel und Heizöl, so Gewessler.